

ŚLAWOMIR ŁUKASIEWICZ

NACHKRIEGSEUROPA IN FÖDERALISTISCHEN KONZEPTIONEN ZUR ZEIT DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges trat die wohl ernsteste Krise in der bisherigen europäischen Geschichte zu Tage. Der neue Konflikt war zum einen das Ergebnis von Lösungen, mit denen der Erste Weltkrieg beendet worden war, zum anderen verschärfte und vertiefte er aber auch die bisherigen Negativerscheinungen auf dem Kontinent zusätzlich. Er machte nicht nur politische Schwachstellen in der bestehenden internationalen Ordnung und dem Sicherheitssystem deutlich, sondern ließ auch kulturelle, soziale und ökonomische Defizite sichtbar werden, deren folgenreichstes der Zusammenbruch der Demokratie in Europa war. All dies ließ sich bereits ansatzweise während des voraus gegangenen Krieges beobachten, und bereits damals war zunehmend häufiger gefordert worden, diese Mängel zu beheben; doch geschah das bei Weitem nicht so eindringlich wie nach dem Kriegsbeginn im September 1939.

Nicht anders verhielt es sich mit Projekten, die eine Veränderung der europäischen Ordnung zum Ziel hatten. Neben Aristide Briand oder Richard Coudenhove-Calergi – um nur die beiden bekanntesten Namen zu nennen – entwickelten eine Reihe anderer Reformer Konzepte und Organisationen, die ihres Erachtens in die Vorstellungswelt der Europäer passten und zu einem „Neuen Europa“ – wie es beispielsweise Tomáš G. Masaryk vorschwebte – führen sollten. Der weitere Lauf der Dinge schloss eine Verwirklichung all dieser Pläne aus und legte zudem deren zahlreiche Unzulänglichkeiten bloß.

Die politischen und intellektuellen Eliten im Vorkriegspolen waren über allerlei Vorstellungen einer Welt von morgen nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen, sondern hatten ihnen zumeist die Vision einer Großmacht Polen entgegen gestellt, die mit den Nachbarstaaten z. B. im Rahmen des so genannten *Intermarium* (*Międzymorze*), der Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, verbündet war; doch fehlte es auch nicht an Versuchen, die aus Frankreich oder Deutschland stammenden Konzeptionen zu rezipieren. Der Krieg erzwang hier eine allgemeine Positionskorrektur.

tur. Insbesondere wurde argumentiert, Polen habe sich nicht ausreichend konsolidieren können und sei nicht stark genug gewesen, um allein auf sich gestellt einen Angriff von zwei Seiten abzuwehren. Daher erhoben alle politischen Gruppierungen mit Ausnahme der Kommunisten ganz selbstverständlich die Forderung, den polnischen Staat in den Grenzen von 1939 wieder zu errichten und diese eventuell durch Gebietserwerbungen im Zuge von Kriegsreparationen zu erweitern. Fast alle Parteiprogramme hoben ausschließlich auf diesen Aspekt ab, verloren kein Wort über einen Wiederaufbau Europas oder begnügten sich mit der vagen Formulierung, die demokratische Ordnung sei wiederherzustellen. Doch immerhin führte das Eingeständnis der Schwäche der Republik Polen zu der Schlussfolgerung, dass die Existenz eines völlig auf sich allein gestellten polnischen Staates in Ostmitteleuropa fortan nicht mehr möglich sei. Entscheidend war aber, dass sich diese Erkenntnis auch auf zahlreiche polnische Konzeptionen zur Neugestaltung Europas auswirkte, die nach dem September 1939 entstanden und deren originellste Ausformungen Thema des vorliegenden Beitrags sind.

Des weiteren musste auf diese Konzeptionen zweifellos auch einwirken, dass Polen zwei Großmächte als Nachbarn hatte, die imperiale Machtansprüche hegten, damals von Diktatoren regiert wurden und aus polnischer Sicht beide Aggressoren waren. Während man im Fall der Sowjetunion zumeist die simple Feststellung bemühte, sie gehöre nicht der europäischen Völkerfamilie an, stellte die Nachbarschaft zu Deutschland ein weitaus komplexeres Problem dar. Deutschland trennte Polen von seinen Bündnispartnern Frankreich und Großbritannien. Somit wäre jeder gesamteuropäische Staatenbund, an dem Polen teilhaben und von dem Deutschland ausgeschlossen werden sollte, an der Wirklichkeit vorbeigegangen. Doch damit nicht genug: In Folge des Krieges war ganz Ostmitteleuropa, insbesondere aber die jeweils herrschende Elite gespalten – je nachdem ob sie mit den Achsenmächten oder mit der Emigration und Widerstandsbewegung zusammenarbeitete.

Jede Konzeption, die darauf Anspruch erhob, realistisch zu sein, musste wenigstens die oben genannten Voraussetzungen in Betracht ziehen und darüber hinaus auf die bereits bestehenden internationalen Lösungsansätze Bezug nehmen. Von diesem Blickwinkel aus wurde der Stab vor allem über dem Völkerbund gebrochen, da er unfähig gewesen sei, militärische Konflikte zu verhindern, während der polnischen Diplomatie angelastet wurde, mit ihren Versäumnissen ebenfalls die Niederlage heraufbeschworen zu haben. Diese Kritik ging auf den Zwist zwischen den politischen Lagern in Polen zurück, worauf an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann.

Der Krieg erschwerte die Bedingungen für eine Diskussion über die Zukunft Europas. Einerseits war man um eine möglichst geschlossene Haltung bemüht, wie sie bei der Entscheidungsfindung im Krieg und im diplomatischen Dienst unerlässlich ist, andererseits führten die Aufteilung der Kampffronten in Heimat und Exil sowie die Zersplitterung im Innern zu Konzeptionen und Plänen, die erheblich voneinander abwichen. Praktisch besaß jede politische Gruppierung ihre eigene Vorstellung von einem zukünftigen Polen und dessen Rolle in Europa. Aus nahe liegenden Gründen hatten in der Anfangsphase des Krieges diejenigen Projekte, die im Umfeld der Exilregierung verfolgt wurden, die größte Bedeutung.

Das erste gewichtige Vorhaben, das unter diesen Umständen Gestalt annahm, zielte auf eine Konföderation oder – wie die polnische Seite sich ausdrückte – Föderation zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Die politische Elite Großbritanniens versagte ihre Unterstützung nicht und war in vielen Punkten sicherlich auch inspirierend tätig geworden. An den vorbereitenden Arbeiten beteiligten sich Edward Raczynski, der damalige polnische Botschafter in London, und Józef Retinger, der persönliche Berater von Ministerpräsident Władysław Sikorski, federführend. Bei den Gesprächen auf Regierungsebene wurde vereinbart, dass eine Zusammenarbeit beider Länder nach Kriegsende und sogar ein enges Bündnis im beiderseitigen Interesse lägen. Im Übrigen wurde erst durch diese Verhandlungen die Existenz einer tschechoslowakischen Exilregierung auf internationaler Ebene bestätigt. In der gemeinsamen Erklärung vom 11. November 1940 fand der angestrebte Zusammenschluss seine formale Bestätigung.

Unmittelbar darauf kam es zur Einsetzung gemeinsamer Kommissionen, die konkrete Lösungen für die Zeit nach Beendigung der Kriegshandlungen erarbeiten sollten. Auf polnischer Seite entstand ein spezielles Politisches Komitee unter der Leitung von General Kazimierz Sosnowski. Es wurden Expertisen in den Bereichen Recht, Wirtschaft, Transportwesen und Landesverteidigung erstellt, die den Nutzen eines eventuellen Staatenbundes aufzeigen sollten. All diese Arbeiten erfolgten im Hinblick auf einen zukünftigen Friedensgipfel; denn man ging allgemein davon aus, dass der Krieg – nicht anders als der voran gegangene – mit einer Friedenskonferenz seinen Abschluss finden und Polen dabei als Bundesgenosse der Siegerkoalition eine bedeutende Rolle spielen würde. Diesem Ziel dienten die Vorbereitungen des Ministeriums für Kongressarbeiten, das aus dem Büro für Kriegsziele hervorgegangen war (später hieß es dann Büro für Politische, Ökonomische und Juristische Arbeiten). In diesem Ministerium, das dem nationaldemokratischen Politiker Marian Seyda unterstand, wurde eine Reihe von Projekten nebst politischen, wirtschaftlichen und juristischen Expertisen zum geplanten Staatenbund erarbeitet.

Die Konzeption einer polnisch-tschechoslowakischen Föderation ist nicht nur als ein Versuch zu sehen, eine starke Wirtschafts- und Verteidigungsallianz zu schaffen. In den Erklärungen von polnischer wie von tschechoslowakischer Seite wurde wiederholt betont, dass ein Bund beider Staaten als Ferment für eine schrittweise politische Umgestaltung ganz Ostmitteleuropas in ein organisches Ganzes gedacht sei. Es sei festgehalten, dass die Gespräche und Prozesse, die bei der polnisch-tschechoslowakischen Annäherung in Gang gesetzt wurden, nach Kriegsende ihre Fortsetzung in Westeuropa fanden. In diesem Zusammenhang wird allgemein auf die Bedeutung des Dialogs zwischen einzelnen europäischen Exilregierungen in London hingewiesen, der später die Föderation der Benelux-Länder zur Folge hatte. Eine besondere Rolle spielte dabei General Sikorskis Berater Józef Retinger. Die politische Annäherung zwischen Polen und der Tschechoslowakei brachte darüber hinaus Lösungsansätze mit sich, die Ähnlichkeit mit Strukturmodellen aufwiesen, die sich derzeit im europäischen Integrationsprozess herauskristallisieren.

Als Ergebnis vertiefter Vorarbeiten, die der Struktur der Föderation galten, erschienen von polnischer Seite im März 1941 die „Grundsätze des Verfassungsgesetzes für den Staatenbund zwischen Polen und der Tschechoslowakei“. Hier sei lediglich auf einige Lösungen hingewiesen, die dieses Dokument vorsah: Repräsentation sowie Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik fielen in die Kompetenz des Bundes. Außerdem sollte ein „Oberster Bundesrat“ einberufen werden, der aus den Staatsoberhäuptern der Mitgliedsländer bestand. Jedes Staatsoberhaupt sollte nach dem Rotationsprinzip ein Jahr lang den Ratsvorsitz übernehmen und dabei den Titel „Bundespräsident“ führen. Ferner waren vorgesehen: ein „Rat der Staatssekretäre“, d.h. eine Regierung; eine „Bundesversammlung“, die alle vier Jahre aus allgemeinen, direkten, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorging (ein Mandat entfiel auf 500.000 Einwohner); eine „Bundeskontrollkammer“, ein „Bundesverfassungsgericht“ und ein „Staatsgerichtshof“. Geplant waren ein gemeinsamer diplomatischer Dienst und die Koordinierung der Verteidigungsmaßnahmen, insbesondere angesichts eines drohenden militärischen Konflikts. In wirtschaftlicher Hinsicht waren Regelungen für die Bereiche Waren- und Zahlungsverkehr, Beschäftigung, Verkehrswesen, Seeschifffahrt und Sozialgesetzgebung geplant; darüber hinaus erforderte ein funktionstüchtiger Staatenbund natürlich auch einen gemeinsamen Fiskus. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Vorschläge, die Zollschränken aufzuheben (in Ausnahmefällen nach Übergangsfristen), um den Handelverkehr zu erleichtern und die jeweilige Geldpolitik aufeinander abzustimmen (u.a. sollte ein fester Wechselkurs für die Währungen der Bundesstaaten beibehalten werden). Es gab Pläne, dem tschechoslowakischen Nachbarn und

mit der Zeit womöglich auch weiter südlich gelegenen künftigen Mitgliedsländern einer mitteleuropäischen Föderation polnische Häfen zugänglich zu machen. Ferner war daran gedacht, alle Beschränkungen im Personenverkehr wie Pass- oder Visumpflicht auf dem Territorium des Staatenbundes aufzuheben und Bürgern „der zur Föderation gehörenden Staaten [...] Niederlassungs- und Erwerbsfreiheit auf dem Gebiet der gesamten Föderation einzuräumen, mit Ausnahme von Personen deutscher Nationalität, denen gegenüber die Mitgliedsstaaten der Föderation sich das Recht vorbehalten, abweichende Rechtsnormen festzulegen.“ Der restriktive Charakter dieser Formulierung wird erst dann recht verständlich, wenn man sich die Zusammenhänge klar macht, in denen dieses Dokument entstanden war.

Ein Teil jener Vereinbarungen wurde unter Auslassung der verwaltungsrechtlichen Strukturbeschreibung (Bundesrat usw.) und unter Beibehaltung des Begriffs „Konföderation“ in einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister Edward Raczynski und Hubert Ripka vom 23. Januar 1942 in gekürzter Form wiederholt. Ausdrückliche Erwähnung fand hingegen die Einladung an andere Länder in der Region, sich dem geplanten Staatenbund anzuschließen. Dies war jedoch der letzte optimistische Akzent in den diesbezüglichen polnisch-tschechoslowakischen Gesprächen; denn ein Erfolg des Föderationsprojekts hing letzten Endes davon ab, ob historische Hürden – wie die Teschen-Frage sowie die belasteten diplomatischen Beziehungen der Vorkriegszeit – und Stalins immer deutlicher vorgebrachte Einwände gegen die Föderationspläne überwunden werden konnten. Mit seiner ablehnenden Haltung nahm der sowjetische Diktator entscheidenden Einfluss auf die tschechoslowakische Exilregierung, die in einem Bündnis mit der UdSSR die Chance erblickte, ihre internationale Position zu stärken, um in Zukunft ein mögliches neues „München“ verhindern zu können.

Das Projekt einer polnisch-tschechoslowakischen Konföderation unterstützten sämtliche Parteien, welche die polnische Exilregierung trugen, also auch die Nationaldemokraten (*Stronnictwo Narodowe*). Dies ist insofern von Bedeutung, als die national eingestellten Gruppierungen in den meisten Fällen Projekte ablehnten, die eine Beschränkung der nationalen Souveränität Polens zur Folge gehabt hätten. Allenfalls zogen sie Lösungen in Betracht, in denen dem polnischen Staat eine dominierende Rolle zufiel, wie beispielsweise in einem „Imperium des Slawischen Volkes“.

Mit den oben erwähnten Föderationsprojekten befassten sich nicht nur Regierung und Diplomatie *sensu stricto*. Kurz nach der Erklärung vom 11. November 1940 erschien in New York die erste Nummer der Zeit-

schrift *New Europe and World Reconstruction*. Das neue Presseorgan war aus dem Umfeld des *American Committee for European Reconstruction* hervorgegangen, das über eine eigene polnische Sektion verfügte, der außer den ehemaligen Diplomaten Anatol Mühlstein und Roman Michałowski auch der Leiter des Polnischen Informationszentrums in New York, Stefan de Ropp, angehörte. Mit der Zeit übernahm die polnische Exilregierung die Zeitschrift, in der sie ein ausgezeichnetes Instrument im Kampf um eine vorteilhafte Gestaltung der staatlichen Zukunft Polens sah. Besondere Bedeutung wurde dem Einfluss beigemessen, den ein solches Blatt auf die politischen Entscheidungsträger in den USA ausüben konnte; es wurde allein schon deswegen ernst genommen, weil es mit der nationalsozialistischen deutschen und der sowjetischen Propaganda rivalisieren musste, die damals noch beide in den USA ihre Vision von Europa propagierten.

Im *New Europe* stellte Anatol Mühlstein erstmals sein Projekt der Vereinigten Staaten von Mitteleuropa vor. In einer Artikelreihe, die anschließend auch in Buchform erschien, erklärte er, warum seines Erachtens ein mitteleuropäischer Staat entstehen solle und wie dessen Struktur aussehen müsse. Mühlsteins Vision knüpfte ganz deutlich an populäre föderalistische Ideen an, die in der Zwischenkriegszeit den Vereinigten Staaten von Europa gegolten hatten.

Er legte an die früheren Föderationsversuche in Ostmitteleuropa sehr strenge Maßstäbe an. Ein derartiges Projekt konnte seiner Auffassung nach nur dann gelingen, wenn es ein großes Territorium mit einer hohen Bevölkerungszahl einbeziehen würde; doch selbst ein derartiger Staatenbund konnte nicht auf eine Unterstützung der westlichen Verbündeten verzichten. Mühlsteins Vorschlag lief auf einen Bundesstaat hinaus, in dem die klassische Dreiteilung der Gewalten in Legislative, Exekutive und Judikative bewahrt bliebe.

Mühlstein war auch der einzige, der die polnische Judenheit erwähnte und dann in seinen weiteren einschlägigen Überlegungen – noch ganz in der Manier der Fortschrittsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts – davon ausging, dass eine Föderation, wenn sie die wirtschaftlichen Probleme der Region beseitigen konnte, automatisch auch eine Lösung der Judenfrage bewirkt hätte.

Im *New Europe* wurde in einer Reihe von Artikeln die zukünftige Gestalt Europas erörtert. Hier sei auf Roman Michałowskis theoretische Abhandlungen zur Sicherheitsfrage hingewiesen, in denen er begründete, weshalb er eine mitteleuropäische Föderation aus strategischen Gründen für nötig hielt. Des Weiteren verdient der Meinungsaustausch zwischen Michałowski und hochrangigen amerikanischen Offizieren zum Jahresbeginn 1941 Beachtung. In ihm ging es um den Grenzverlauf der zukünftigen

mitteleuropäischen Föderation, der sich nach Meinung der amerikanischen Diskussionsteilnehmer aus militärischen Erwägungen ergab.

In London erschien *Free Europe*, eine Zeitschrift, die abgesehen vom Titel auch sonst *New Europe* zum Verwechseln ähnlich sah. Sie wurde von dem bekannten Journalisten Kazimierz Smogorzewski redigiert und diente der polnischen Exilregierung ebenfalls zu Propagandazwecken. Allein schon die Lektüre der Redaktionsartikel bestätigt die These, dass eine künftige mitteleuropäische Föderation damals zu den Prioritäten der polnischen Politik gehörte.

Als die polnisch-tschechoslowakischen Gespräche Ende 1941 in eine schwierige Phase gerieten, wurde im Verlauf der Konferenz des *International Labor Office* in New York der *Central and Eastern European Planning Board* (CEEPB) ins Leben gerufen, der sich aus Vertretern der Exilregierungen Polens, der Tschechoslowakei, Griechenlands und Jugoslawiens zusammensetzte. Dies geschah im Januar 1942, praktisch zur selben Zeit, als in einer polnisch-tschechoslowakischen und einer griechisch-jugoslawischen öffentlichen Erklärung jeweils von Föderationsabsichten die Rede war. Daher fiel dem New Yorker *Planning Board* auch die Aufgabe zu, die künftige Zusammenarbeit dieser vier Staaten nach dem Krieg vorzubereiten und die Möglichkeiten für die Bildung einer größeren mitteleuropäischen Föderation unter politischen, ökonomischen und sozialen Aspekten zu prüfen. Doch diese Arbeiten fanden bereits 1943 ein plötzliches Ende, als die polnisch-sowjetischen Beziehungen abgebrochen und die polnisch-tschechoslowakischen Gespräche unterbrochen wurden und schließlich im Juli desselben Jahres General Sikorski tödlich verunglückte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in der Emigration zahlreiche Broschüren und Bücher erschienen, in denen versichert wurde, dass es notwendig sei, nach Kriegsende eine polnisch-tschechoslowakische bzw. mitteleuropäische Föderation oder Union zu gründen. Dabei handelte es sich entweder um Arbeiten, die in Regierungsdienststellen verfasst worden waren, wie z. B. die Broschüre des Ökonomen Czesław Poznański „Eine Föderation... aber welche?“ und „East and Central Europe“ von Leon Barański oder um Abhandlungen regierungsunabhängiger Autoren wie Tytus Filipowicz, einem Piłsudski-Anhänger und Mitglied der Demokratischen Partei (*Stronnictwo Demokratyczne*), der das Buch „Poland and Central Europe after the War“ beisteuerte. Alle diese Autoren gingen zunächst auf die historischen Traditionen der Region ein, behandelten dann Sicherheits- und Wirtschaftsfragen und bewiesen anschließend, dass die Existenz der Staaten Ostmitteleuropas in ihrer Vorkriegsgestalt künftig nicht mehr möglich sei und in Folge dessen ihre Vereinigung in einem Staatenbund herbeigeführt werden müsse.

Während des Krieges kristallisierte sich außerdem der Plan einer mehrstufigen Föderation heraus, der eng mit der so genannten regionalen Konzeption zusammenhing. Letztere lief im Wesentlichen darauf hinaus, zunächst eine Reihe von regionalen Föderationen zu schaffen, darunter auch eine in Mitteleuropa. Diese regionalen Zusammenschlüsse sollten dann in einen größeren staatlichen Organismus – eine gesamteuropäische Föderation – eingeordnet werden, die schließlich Teil einer Weltföderation hätte werden können. Die mitteleuropäische Föderation galt darüber hinaus als unerlässliche Voraussetzung für eine neue Sicherheitsarchitektur in ganz Europa. Diplomatische Gespräche, Propagandaaktionen und symbolische Gesten sollten die Möglichkeit einer polnisch-tschechoslowakischen und später eine polnisch-tschechoslowakisch-jugoslawisch-griechischen Konföderation aufzeigen, für die die polnisch-tschechoslowakischen Gespräche und die Einsetzung des *Central and East European Planning Board* als erster Schritt angesehen wurden. All dies war nur als ein Schritt auf dem Weg zu einer regionalen Föderation in Mitteleuropa und später in ganz Europa gedacht. Oft war zu hören, dass ohne eine derartige Föderation auf dem Kontinent – und auf lange Sicht auch weltweit – kein dauerhafter Frieden garantiert werden könne. Mit einer mitteleuropäischen Föderation glaubte man, selbst so prekäre Probleme wie die Integration Nachkriegsdeutschlands in die europäische Staatengemeinschaft lösen zu können. Es setzte sich nämlich bald die Ansicht durch, dass bei den Deutschen abermals eine revanchistische Stimmung aufkommen könnte, würden sie alle ohne Ausnahme mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes identifiziert und ihnen ähnliche Sanktionen wie nach 1918 in Versailles auferlegt. Damit hätte erneut ein bewaffneter Konflikt gedroht, so dass Anhänger einer Föderation zunächst Maßnahmen zur Umerziehung des deutschen Volkes befürworteten, für die es im CEEPB eine eigene Sektion gab. Erst nach einer politischen *reeducation* sollte Deutschland in eine regionale und später gesamteuropäische Föderation eingegliedert werden. In Deutschlands Demokratisierung und seiner Einbindung in die Strukturen einer europäischen Föderation sah man eine Chance für präventive Schutzmechanismen, mit deren Hilfe sich weitere Wiederholungen der Geschichte vermeiden ließen.

Die Forderung nach einer Demokratisierung des politischen Lebens in Europa war nicht allein auf die Deutschen beschränkt. Sie tauchte – wenn auch aus gänzlich anderen Gründen – im Zusammenhang mit der geplanten mitteleuropäischen Föderation auf. Insbesondere sozialistische Kreise erinnerten an die Notwendigkeit, die sozialen Probleme zu lösen und den Menschen einen würdigen materiellen Lebensstandard zu gewährleisten.

Die angestrebte mitteleuropäische Föderation hätte noch weitere Folgen für das Verhältnis zu Deutschland gehabt. Bei den Planungen wurde davon

ausgegangen, dass die Föderation, genauer gesagt Polen als deren Mitgliedsstaat, einen möglichst breiten und sicheren Zugang zur Ostsee haben müsse, um die internationale Handelsfreiheit zu gewährleisten und eine direkte Verbindung mit den Alliierten zu ermöglichen. Sodann hätte die Existenz einer Föderation notwendigerweise auch eine Revision der Binnengrenzen bedeutet. In diesem Zusammenhang fiel beispielsweise der Vorschlag, den „deutschen Keil abzuschlagen“ (d.h. den Teil Schlesiens zu annektieren, der Polen und die Tschechoslowakei gewissermaßen spaltete [Anm. der Hg.]). Hier gaben Sicherheitserwägungen den Ausschlag. Als Folge der Grenzverschiebungen wurde auch ein Bevölkerungstransfer unumgänglich. Die polnischen Programme sahen für die deutsche Zivilbevölkerung Umsiedlungen vor, die mit einem analogen Vorgehen der Besatzungsbehörden auf polnischem Boden gerechtfertigt wurden. Derartige Pläne wurden umso leichter formuliert, als die Verantwortung für die Kriegsverbrechen und das Leiden der unterworfenen europäischen Völker, darunter auch der Polen, der gesamten deutschen Nation angelastet wurde. Auch im bewaffneten Untergrund machte man sich trotz schwieriger Existenzbedingungen Gedanken über die zukünftige Gestalt Europas. Zu Beginn des Krieges waren derartige Überlegungen aus nahe liegenden Gründen noch vernachlässigt worden, doch je länger der Konflikt andauerte, desto häufiger dürfte man sich die Frage gestellt haben, wie die Welt nach Beendigung dieses Krieges aussehen sollte. Die Pläne für eine mitteleuropäische Föderation erfreuten sich zwar großer Beliebtheit – falls eine solche Formulierung für Ideen überhaupt zutreffend sein kann –, aber die meisten politischen Gruppierungen in Polen entwarfen doch ihre eigenen Projekte bzw. reagierten auf föderalistische Konzeptionen, die in der westlichen Welt entstanden waren, darunter auch auf die polnisch-tschechoslowakischen Gespräche. In den im besetzten Polen entwickelten Konzeptionen wurde eindeutig mehr Nachdruck auf die Rekonstruktion eines starken polnischen Staates gelegt, der beim Aufbau einer europäischen und insbesondere einer mitteleuropäischen Ordnung eine dominierende Rolle spielen sollte. In derartigen Vorstellungen fanden häufig bereits früher lancierte Föderationsprojekte eine Fortsetzung, insbesondere das *Intermarium* oder aber die Idee eines slawischen Staatenbundes. Neu hingegen war der christlich-soziale Unionsgedanke oder Universalismus. Er stammte aus den Kreisen der Untergrundorganisation „Union“, die 1944 unter Leitung des Publizisten Jerzy Braun ein Mitteleuropa-Institut errichtete, das organisatorisch der Regierungsdelegatur (der Exekutive des Untergrundstaates [Anm. d. Hg.]) unterstand. Im März 1944 machte der Rat der Nationalen Einheit – eine Art Untergrundparlament – in einer besonderen Erklärung öffentlich, „Worum die polnische Nation kämpft“. In dieser Schrift, in der föderale Zusammenschlüsse in ganz Mitteleuropa begrüßt wurden,

waren die Vorstellungen von einer künftigen Gestalt Europas zwischen den polnischen Regierungsinstitutionen in der Heimat und im Exil aufeinander abgestimmt worden. Leider gab es damals bereits keine Möglichkeiten mehr, diese Postulate auf internationaler Ebene durchzusetzen.

Trotz des offiziell bekundeten Willens, die Politik General Sikorskis fortzuführen, nahm der Einfluss, den „Föderalisten“ tatsächlich auf politische Entscheidungen hatten, die nach Kriegsende zu treffen waren, ab Mitte 1943 deutlich ab. Immer seltener kam die Konzeption einer polnisch-tschechoslowakischen Föderation zur Sprache und immer realer wurde die Entstehung von Einflusszonen in Europa, welche die Interessen der kleineren Staaten unberücksichtigt ließen. Dem entsprachen auch die Vorschläge für eine neue Sicherheitsarchitektur, die auf den Konferenzen in Dumbarton Oaks (1944) und Jalta (1945) entwickelt wurden. Die polnische Seite kritisierte jene Vorschläge, weil sie die Rückkehr zum Sicherheitssystem des Völkerbundes ankündigten, nur dass diesmal das Zusammenwirken der drei Siegermächte die Durchführung der Beschlüsse garantieren sollte. Angesichts der Tatsache, dass die Sowjetunion im Frühjahr 1943 ihre diplomatischen Beziehungen zu Polen abgebrochen hatte, stand für die polnische Exilregierung, der die Situation in den von der Roten Armee besetzten Gebieten bekannt war, zweifelsfrei fest, welche Entscheidungen Stalin bezüglich Polen fällen werde.

Anfang 1945 veröffentlichte der Sekretär des CEEPB und Chefredakteur des *New Europe*, Feliks Gross, sein Buch „Crossroads of Two Continents“, das von den US-amerikanischen Intellektuellen und der mitteleuropäischen Intelligenz im amerikanischen Exil positiv aufgenommen wurde. Das Buch war insofern von Bedeutung, da es sämtliche Pläne für eine mitteleuropäische Föderation, die in den Kriegsjahren zur Sprache gekommen waren, zusammenfassend darstellte. Gross, der überzeugter Sozialist war und der PPS nahe stand, legte besonderen Wert auf die Verknüpfung von Föderalismus und Demokratie und schlug sogar den Ausdruck „demokratischer Föderalismus“ vor. Dies war das letzte nachdrückliche Plädoyer für eine mitteleuropäische Föderation in Kriegszeiten.

Man wird nicht behaupten können, dass die Idee eines vereinten Europa oder gar eines vereinten Mitteleuropa allgemeinen Anklang gefunden hätte. Einzelne Zeitzeugnisse legen die Annahme nahe, dass diese Idee zwar einerseits leicht neue Anhänger fand, doch andererseits immer auch auf Widerstand stieß. Beispielsweise wurde der Gedanke einer polnisch-tschechoslowakischen Konföderation von den Gegnern der Regierung Sikorski kritisiert. Das am häufigsten verwendete Argument war mangelndes Vertrauen in den tschechoslowakischen Verbündeten. Föderalistische Modelle – gleichgültig in welcher Form – wurden von national orientierten Gruppie-

rungen häufig allein deshalb angegriffen, weil diese darin eine Bedrohung der Souveränität von Staat und Nation erblickten.

Die Intellektuellen hingegen sprach der Föderationsgedanke an; er war bei ihnen populär und fand relativ große Unterstützung. Bronisław Malinowski, der Mitbegründer der Kulturanthropologie, der sich damals in den USA aufhielt, stand in engem Kontakt mit den dortigen polnischen Emigranten, u.a. auch mit Feliks Gross. Kurz vor seinem Tode im Jahre 1942 übernahm Malinowski noch den Vorsitz des Polnischen Wissenschaftlichen Instituts in Amerika. Er schrieb damals an seinem Buch „Freedom and Civilisation“, in dem er die Vision eines vereinten Europas in einer künftig geeinten Welt entfaltete. Malinowski befürwortete konkrete Maßnahmen, die zur Bildung einer weltweiten Föderation geführt hätten. Auch für andere Wissenschaftler und Künstler wie den Historiker Oskar Halecki und den Dichter Jan Lechoń war die mitteleuropäische Föderation ein Thema, das sie gern aufgriffen. Ein anderer Poet – Kazimierz Wierzyński – schrieb von einem europäischen Traum, ohne den jegliche Veränderung unmöglich sei.

Die meisten Konzeptionen für ein Europa nach dem Krieg betrafen eine wie auch immer geartete Föderation bzw. mitteleuropäische Konföderation, die anschließend in einen gesamteuropäischen Staatenbund eingehen sollte. Von einer einheitlichen Haltung aller polnischen politischen Gruppierungen in dieser Frage kann sicherlich nicht die Rede sein, aber es drängte sich doch die Vision eines föderalen Zusammenschlusses aller Staaten Ostmitteleuropas in den Vordergrund – zunächst aus Sicherheitsgründen, aber auch aus ökonomischen und kulturellen Erwägungen. Die stärkste Ausgangsposition hatten dabei Konzeptionen, die sich in die Politik der Londoner Exilregierung einfügten, die wiederum mit der Unterstützung der westlichen Alliierten rechnen und ihre diplomatische Tätigkeit und Propagandaarbeit zumindest bis 1943 aufrechterhalten konnte. Aufgrund der komplizierten Kriegslage waren polnisch-tschechoslowakische Gespräche möglich, völlig undenkbar erschien jedoch ein diesbezüglicher polnisch-ungarischer oder polnisch-rumänischer Meinungsaustausch. Von polnischer Seite vertraute man darauf, dass mit Kriegsende auch diese Gespräche beginnen könnten. Dagegen brachten die polnisch-litauischen Gespräche nicht die erwarteten Ergebnisse.

Das schwierigste Problem, das sich in diesem Zusammenhang ergab, bildeten zweifellos die Zukunft Deutschlands und sein Status in einem künftigen Europa. Hier schwankten die Ansichten zwischen dem Entzug der Staatsbürgerschaft für alle Deutschen innerhalb einer zukünftigen

mitteleuropäischen Föderation auf der einen Seite und ihrer Umerziehung sowie Demokratisierung und Eingliederung einer solchermaßen gewandelten Nation in die europäische Gemeinschaft auf der anderen Seite. Was letztgenannten Vorschlag anbelangt, gingen dessen Befürworter davon aus, dass dieser Wandlungsprozess sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Schon allein deshalb wurde in der Nachkriegszeit auch so heftig auf jeden Versuch reagiert, Deutschlands Stellung zu stärken.

In sämtlichen Konzeptionen einer mitteleuropäischen Föderation wurde betont, dass sie freundschaftliche Beziehungen zu den Alliierten, insbesondere zu Großbritannien und den USA, unterhalten müsse. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941, als sich die Notwendigkeit ergab, die polnische Politik hinsichtlich der UdSSR mit dem Standpunkt der wichtigsten Alliierten abzustimmen, wurde in offiziellen diplomatischen Stellungnahmen immer wieder unterstrichen, dass sich die künftige Föderation nicht gegen die Sowjetunion richte; doch inoffiziell war allen Beteiligten weiterhin bewusst, dass ihr Ziel die Errichtung eines starken Staatenblocks zwischen Deutschland und der UdSSR war. Daher lag es auch im Interesse der Sowjetunion, wenn eine Gruppe polnischer Kommunisten sie unterstützte, die sich durch unbedingte Loyalität auszeichneten und für die das Programm eines neuen Europa das Programm einer allgemeinen Revolution war.

Es ist schwierig, den Grad der gesellschaftlichen Zustimmung für einzelne Konzepte zu messen, die doch immer erst unter dem Einfluss von internationalen Ereignissen hervorgerufen wurden und Gestalt annahmen. Wie es scheint, waren es zumeist elitäre Ideen, die sich erst allmählich den Weg in breitere Bevölkerungsschichten bahnten, die schließlich genügend mit Kriegs- und Alltagssorgen zu tun hatten.

Nach dem Krieg bestanden keinerlei Chancen mehr, die oben skizzierten Pläne für eine Integration Ostmitteleuropas und ganz Europas zu verwirklichen. Doch gab es weiterhin eine Gruppe von Personen, die sich nachhaltig für diese Initiativen einsetzte, von denen die meisten eine Fortsetzung fanden. Bis Ende der vierziger Jahre, als das *National Committee for Free Europe* (NCFE) entstand, waren z.B. die noch zu Kriegszeiten gegründeten Föderalen Klubs tätig, in denen sich Vertreter der mitteleuropäischen Völker zusammenfanden. Die Existenz des NCFE bot die Möglichkeit, erneut wesentliche Lösungen der mitteleuropäischen Föderation aufzugreifen, wovon auch bereitwillig Gebrauch gemacht wurde. So entstanden der Bund der Polnischen Föderalisten, die Christlich-Demokratische Union Mitteleuropas und 1954 sogar das Surrogat eines mitteleuropäischen Parlaments, die *Assembly of Captive European Nations*. Diejenigen Polen, die während des Zweiten Weltkrieges föderalistische Initiativen unterstützt hatten, griffen auch ab 1947 neue Initiativen zur europäischen

Einigung auf. Józef Retinger gründete die Europäische Bewegung; Edward Raczyński beteiligte sich an den Arbeiten einer Sonderkommission des Europarates und arbeitete mit einer Reihe von europäischen Institutionen wie dem *Collège d'Europe* in Brügge zusammen. Unter den Nachkriegsbedingungen war es das grundsätzliche Ziel dieser Aktivitäten, an die Existenz Ostmitteleuropas zu gemahnen, das sich im sowjetischen Einflussbereich befand. Man erinnerte daran, dass die Integration des Kontinents ohne die Befreiung Ostmitteleuropas, eines Bestandteils des europäischen Kulturkreises, nicht möglich sei.

Archivrecherchen für diesen Beitrag erfolgten u.a. im Warschauer Archiv für Neue Akten [*Archiwum Akt Nowych*], im Polnischen Institut und General-Władysław-Sikorski-Museum [*Instytut Polski i Muzeum im. gen. Władysława Sikorskiego*] in London, im *Polish Institute of Arts and Sciences in America* und im Józef-Piłsudski-Institut [*Instytut Józefa Piłsudskiego*] in New York, in der *New York Public Library* und in den *Hoover Institution-Archives*.

Bibliographie:

Veröffentliche Quellen:

Československo-polská jednání o vytvoření konfederace 1939-1945 [Tschechoslowakisch-polnische Verhandlungen über die Bildung einer Konföderation 1939-1945], hg. v. IVAN ŠTOVIČEK/ JAROSLAV VALENTA, Bde. 1-4, Praha 1994.

Documents on the History of European Integration, hg. v. WALTER LIPGENS, Bde. 1-4, Berlin, New York 1985-1991.

Protokoły posiedzeń Rady Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej [Protokolle der Ministerratssitzungen der Polnischen Republik], hg. v. MARIAN ZGÓRNIAK, Bde. 1-5, Kraków 1994-2001.

Wizje Polski. Programy polityczne lat wojny i okupacji 1939-1944 [Polnische Visionen. Politische Programme der Kriegs- und Okkupationszeit 1939-1944], hg. v. KAZIMIERZ PRZYBYSZ, Warszawa 1992.

Forschungsliteratur:

Federalizm – teorie i koncepcje [Föderalismus. Theorien und Konzeptionen], hg. v. WIESŁAW BOKAJOŁO, Wrocław 1998.

FERTACZ, SŁAWOMIR, Polska myśl słowiańska w okresie drugiej wojny światowej [Der polnische slawische Gedanke im Zweiten Weltkrieg], Katowice 2000.

FRISZKE, ANDRZEJ, O kształt niepodległej [Die Gestalt der unabhängigen Republik Polen], Warszawa 1989.

GROSS, FELIKS, Crossroads of Two Continents. A Democratic Federation of East-Central Europe, New York 1945.

GROSS, FELIKS, Federacje i konfederacje europejskie. Rodowód i wizje [Europäische Föderationen und Konföderationen. Ursprünge und Visionen], Warszawa 1994.

GRYGAJTIS, KRZYSZTOF, Polskie idee federacyjne i ich realizacja w XIX i XX wieku [Polnische Föderationsideen und ihre Verwirklichung im 19. und 20. Jahrhundert], Częstochowa 2001.

Historia dyplomacji polskiej [Geschichte der polnischen Diplomatie], hg. v. WALDEMAR MICHOWICZ, Bd. 5: 1939-1945, Warszawa 1999.

KISIELEWSKI, TADEUSZ, Federacja środkowoeuropejska. Pertraktacje polsko-czechosłowackie 1939-1943 [Die mitteleuropäische Föderation. Polnisch-tschechoslowakische Verhandlungen 1939-1943], Warszawa 1991.

Ku zjednoczonej Europie. Studia nad Europą środkową i południowo-wschodnią w XIX i XX wieku [Auf dem Weg zum vereinten Europa. Studien zu Mittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert], hg. v. IRENA STAWOWY-KAWKA/ WOJCIECH ROJEK, Kraków 1997.

ŁAPTOS, JÓZEF, Projekty organizacji państw Europy Środkowo-Wschodniej 1942-1950. Analizaporównawcza [Projekte zur Organisierung der Staaten Ostmitteleuropas 1942-1950], in: Prace Komisji Środkowoeuropejskiej [Arbeiten der Mitteleuropäischen Kommission] 3, 1995, S. 107-122.

O nowy kształt Europy. XX-wieczne koncepcje federalistyczne w Europie Środkowo-Wschodniej i ich implikacje dla dyskusji o przyszłości Europy [Die Neugestaltung Europas. Föderalistische Konzeptionen im Ostmitteleuropa des 20. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Debatte über die Zukunft Europas], hg. v. JERZY KŁOCZOWSKI/ SŁAWOMIR ŁUKASIEWICZ, Lublin 2003.

PASIERB, BRONISŁAW, Polska myśl polityczna okresu II wojny światowej wobec Niemiec [Das polnische politische Denken über Deutschland zur Zeit des Zweiten Weltkrieges], Poznań 1990.

PASIERB, BRONISŁAW, Polskie prace przygotowawcze do Traktatu Pokojowego z Niemcami 1916-1948. Instytucje – ludzie – problemy [Polens Vorbereitung auf den Friedensvertrag mit Deutschland 1916-1948. Institutionen, Menschen, Probleme], Wrocław 1996.

PONCZEK, EUGENIUSZ, Polska myśl o pokoju w latach drugiej wojny światowej (1939-1945) [Der polnische Friedensgedanke im Zweiten Weltkrieg (1939-1945)], Łódź 1999.

PRZYBYSZ, KAZIMIERZ, Polska myśl polityczna 1939-1945. Zarys problematyki [Das polnische politische Denken 1939-1945. Ein Problemüberblick], Warszawa 2000.

WANDYCZ, PIOTR S., Czechoslovak-Polish Confederation and the Great Powers 1940-43, Bloomington (Ind.) 1956.

WOLAŃSKI, MARIAN, Europa Środkowo-Wschodnia w myśli politycznej emigracji polskiej 1945-1975 [Ostmitteleuropa im politischen Denken der polnischen Emigration 1945-1975], Wrocław 1996.

Aus dem Polnischen von Jan Obermeier und Jürgen Hensel